

Reinhard RODE

DEUTSCHE AUßENPOLITIK IM KONFLIKTSTRESS: DAS ENDE DER FRIEDENSILLUSION

Abstract

Die deutsche Außenpolitik ist mit der Herausforderung konfrontiert sich von den bequemen Friedensillusionen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu lösen. Die neuen Konfliktlagen in der Welt besonders im Nahen Osten und die Rückkehr der machtorientierten Außenpolitik Russlands haben wenig populäre Anpassungen erforderlich gemacht. Die EU ist allein als soft power von Bedeutung und kann deshalb Russland nur mit verzweifelter Diplomatie begegnen, weil sie wenig anderes im Arsenal hat. Abhilfe kann dabei nur mehr Atlantizismus und eine Aufwertung der Rolle der NATO bieten.

Schlüsselwörter: Außenpolitik, Deutschland, Ost-West-Konflikt, Atlantizismus, Russland, NATO.

Bequeme Friedensillusionen

Nach dem Ende des alten systemischen Ost-West-Konflikts 1989 begann eine Phase der sogenannten Friedensdividenden. Francis Fukuyamas Ende der Geschichte¹ als Durchbruch für Demokratie und Friede stand hoch im Kurs. Speziell in Deutschland war das Vertrauen in die Stabilität dieses Prozesses sehr hoch. Die Vision einer nachhaltigen europäischen Friedensordnung war unter Politikern wie Wissenschaftlern gleichermaßen beliebt und verbreitet. Eine erweiterte Europäische Union war als Träger dieser Ordnung gedacht. Die einst antagonistischen Weltmächte USA und Russland/Sowjetunion waren in dieser Perspektive solide Kooperateure, die konventionelle und atomare Abrüstung mit Engagement betreiben. Machteliten mit Schmerzen über den Verlust des Supermachtstatus kamen nur noch als grummelnde Pensionäre vor. Russland wurde als Demokratie und Teil der westlichen Wertegemeinschaft betrachtet. Seine Mitgliedschaft in der G7, die dafür zur G8 erweitert wurde, sowie die Anbindung an die NATO galten als Garanten einer sukzessiven Verwestlichung Russlands.

Die innenpolitische Flankierung dieser bequemen Friedensperspektive bestand in Deutschland in seiner besonders stark ausgeprägten postheroischen Gesellschaft und im Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Ausgaben für Sicherheit innen und außen

¹ F. Fukuyama, *Das Ende der Geschichte, wo stehen wir?*, München 1992. Er selbst ist von seiner damaligen Sichtweise längst abgerückt.

wurden zusehends unpopulär. Viel Geld wurde halbwegs erfolgreich für den Aufbau Ost in den Neuen Bundesländern aufgewandt, wenngleich viele Subventionen in klassische Mitnahmeeffekte mündeten. Neue Problemlagen wie die Zuwanderung aus vormodernen Gesellschaften im Westen wurden verniedlicht, durch die rosarote Brille gesehen und als mit sozialstaatlichen Aufwendungen leicht lösbar eingeordnet. Das vereinigte Deutschland definierte sich als offen, gutgelaunt und feierlustig. Der Wunsch weltweit beliebt zu sein und an der Lösung von Restproblemen in der Dritten Welt führend beteiligt zu sein, wurde eine verbreitete Denkfigur. Friedensidealismus und ökologischer Umbau schienen der Schlüssel für die Rettung der Welt. Sie war im deutschen Mehrheitsweltbild als neu und schön friedlich gedacht.

Dieser deutsche Friedensidealismus war bei den Nachbarn in Europa durchaus beliebt. Er wurde aber bei vielen politischen Eliten in den Nachbarländern mit Recht als eine übertrieben weltfremde Wunschvorstellung angesehen. Breiter Wohlstand europaweit war eine populäre Perspektive an der die ärmeren Länder im Süden und erst recht die nachholbedürftigen Bevölkerungen im Osten Gefallen fanden. Deutschland als Wachstumsmotor in Europa sollte auf die anderen Wirtschaften ausstrahlen und ein geeintes Europa schaffen helfen, das sich auf eine friedliche Entwicklung konzentrieren könnte. Das deutsche Urvertrauen in Demokratie und Wohlstand folgte der amerikanischen idealistischen Weltsicht und vertraute auf die segensreiche Wirkung internationaler Organisationen, voran die Vereinten Nationen. Recht sollte vor Macht gehen und die diktatorischen Regime mit den Menschenrechten und Hilfe bei guter Regierungsführung zur Besserung angereizt werden. Der Weg in die bessere Fukuyama-Welt geprägt von Frieden, Demokratie und Wohlstand schien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in den neunziger Jahren vorgezeichnet.

Neue Konfliktlagen

Die Dämpfer für das rosarote Szenario kamen unübersehbar mit 9/11. Der Terrorüberfall auf die USA mit den Flügen in das World Trade Center war ein Weckruf für die Illusionisten. Doch das Zeichen wurde vielfach falsch gedeutet. Die konfliktive Perspektive Samuel Huntingtons² mit der Möglichkeit, dass unterschiedliche Zivilisationskonzepte zu neuen intensiven Konflikten führen könnten war insbesondere bei den deutschen Sozialwissenschaftlern und Politikern auf heftige Ablehnung gestoßen. Die Anti-Huntington Schriften waren kaum mehr zu zählen, alle „guten Glaubens“ meinten sich von seinem Werk distanzieren zu müssen. In der Tat bot Huntington keine neue valide sozialwissenschaftlich Theorie, sondern eine Warnschrift vor westlicher Naivität. Er sollte leider trotz seiner analytischen Fehler en Detail in der größeren Perspektive Recht behalten. Die islamistische Herausforderung erwies sich keineswegs als Verirrung einzelner Spinner, sondern als islamistische Jugendbewegung mit beachtlichem Zulauf. Besonders gefährlich war die Attraktion für islamische Migranten im Westen.

² S. Huntington, *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 1997

Die Interventionen der USA im Irak und in Afghanistan trugen statt zur Eindämmung zur Verbreitung des radikalen Islamismus bei. Der Versuch, die Demokratie in islamischen Gesellschaften mit militärischen Mitteln zu verbreiten, ging gründlich schief. Beide Länder konnten trotz hohen westlichen Mittelaufwands militärischer und ziviler Natur nicht stabilisiert werden, sondern wurden de facto fragmentiert. Mit dem Saddam Hussein Regime im Irak hatten die USA voreilig aktivistisch ein kleineres Übel beseitigt und größeren Übeln Vorschub geleistet. Auch die Fälle Syrien und Libyen zeigten keineswegs westliche Erfolge, obwohl diesmal die direkte Intervention vermieden wurde.

Der Nahe Osten stellt sich 2015 als brisante Konfliktregion dar, die derzeit von heftigen Konflikten zwischen schiitischen und sunnitischen Radikalen geprägt ist. Der Westen erscheint in diesen Auseinandersetzungen ziemlich hilf- und konzeptionslos. Intervention und Nicht-Intervention erreichten gleichermaßen keine Stabilisierung im westlichen Sinne hin zu Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Modernisierung. Da dafür kein Königsweg erkennbar war, war der innerwestliche Streit um die richtige Konzeption unvermeidlich. In Deutschland spiegelte der Streit um den richtigen Weg die alten Parteiungen. Die Progressiven vertrauten auf zivile Hilfe für die Guten, skeptische Konservative waren auch zur Militärhilfe für Freunde des Westens bereit. Doch wer und wo waren die zuverlässigen Freunde bis auf das seinerseits bedrohte Israel ? Die Einsicht, dass die instabile Region für längere Zeit keine Aussicht auf eine Friedensordnung bieten könnte und deshalb ad hoc Reaktionen mit unterschiedlichen Mitteln erforderlich sein könnten, die den westlichen Gesellschaften zu Hause Akzeptanzprobleme bereiten würden, dämmerte sehr langsam.

Doch weit mehr Kopfzerbrechen als der islamische Krisenbogen bereitete Russland. Seit der hybriden Kriegsführung des Kreml in der Ostukraine waren die Träume von einer stabilen europäischen Friedensordnung geplatzt. Russland hatte sich der Einladung verweigert, als Mitspieler im westlichen System von Demokratie und Rechtsstaat zu agieren. Es setzte stattdessen auf eine neoimperiale Außenpolitik mit hybrider Kriegsführung à la carte. Der Phantomschmerz des Verlusts der Supermachtrolle war in der Kremlelite in eine aggressive Außenpolitik gegenüber den Nachbarn gemündet, die einst zum Sowjetimperium gehört hatten. Die westliche Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Völker war der russischen Elite fremd. Der Verlust der Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa war nur notgedrungen vorläufig in einer Schwächephase akzeptiert worden. Jetzt zeigt der russische Bär wieder seine Krallen und forderte die ost-erweiterte EU und die NATO heraus.

In der Illusionsphase war vielfach vergessen worden, dass die Sowjetunion neben dem Anspruch ein sozialistisches Lager anzuführen immer auch ein starkes Element großrussischer Machtambitionen enthalten hatte. Die Deutschen im Vereinigungsglück hatten das verdrängt und waren Russland vor allem dankbar. Gorbatschow „Gorbi“ war eine politische Kultfigur als Verkörperung des guten friedliebenden Russen. Deshalb war man in Bonn und dann in Berlin bei der Osterweiterung von EU und NATO auch eifrig bestrebt vorsichtig zu agieren und Rücksicht auf Russland zu nehmen. Das war auch durchaus klug solange Hoffnung bestand der Kreml würde ein Mitspieler im westlichen Orchester werden. Nachdem

diese Hoffnung zerstoßen war, waren die skeptischen mittel- osteuropäischen Staaten in ihrer Einschätzung bestätigt, dass die Osterweiterung von EU und NATO schnell vollzogen werden musste, bevor ein Kurswechsel im Kreml wieder auf imperiale Ziele setzte und Russland die Nachbarn erneut an die kurze Leine zu legen suchte.

Die Grenzen der weichen Macht der EU

Die von der russischen Hegemonie 1989 frei gewordenen mittel- osteuropäischen Staaten drängten in den neunziger Jahren schnell in die EU und die NATO. Diese Mitgliedschaften sahen die neuen Eliten und auch die Mehrheit der Bevölkerungen als Garanten für eine politische und wirtschaftliche Modernisierung und auch als Schutz gegen einen wieder erstarkten Kreml. Den Altmitgliedern der EU waren die Anpassungsprobleme einer schnellen Osterweiterung durchaus klar, aber es setzte sich die Logik durch, dass eine Modernisierung der Neumitglieder in der EU leichter gelingen würde als in Übungsräumen außerhalb. Die bewährten Integrationsprozesse in der EU sollten Wohlstand und Frieden bewirken und sichern. Diese Perspektive folgte der neuen Binnenlogik der erweiterten EU. Das Verhältnis zu Russland blieb ungeklärt und wäre auch kaum zu klären gewesen solange der russische Weg im Nebel der politischen Selbstfindung der post-sowjetischen Elite lag.

Da mit der Erweiterung der EU auf die EU-28 (Stand 2015) erheblicher Konsolidierungsbedarf auf der Binnenseite einherging, sind die alten Schwächen der EU noch deutlicher zu Tage getreten. Die EU verfügt zwar über viel Ansehen, ja fast Bewunderung in der Welt für ihre integrativen Leistungen und ihre wirtschaftliche Macht, aber sie hat als außenpolitischer Akteur unübersehbare Defizite. Die EU ist eine soft power, ihre hard power ist immer noch bloßes Programm. Das war vor der russischen Herausforderung kein wirkliches Problem, weil die erforderliche Zeit für gemächliche Brüsseler Fortschritte auf den Feldern Außenpolitik und Sicherheit als gegeben eingeschätzt wurde. Jetzt zeigte die russische Politik die Grenzen der weichen EU-Macht auch in Europa nur allzu deutlich auf. Brüssel offenbarte im Fall der Ukraine eine Art verzweifelter Diplomatie, weil es über keine Alternativen im Arsenal der Mittel verfügt. Zwar funktionierte dabei das alte Tandem Paris und Berlin, während der EU Apparat vertreten durch die Außenbeauftragte Mogherini, nur eine Randrolle spielte, aber die genüssliche machtpolitische Vorführung der soft power durch die Machtpolitiker im Kreml war evident.

Die Brüsseler Sanktionen waren wirtschaftlich nicht unbedeutend für den russischen Aggressor auf der Krim, sie wirken durchaus schmerzhaft, aber letztlich sind sie doch hauptsächlich symbolischer Natur. Mit Sanktionen lässt sich ein großes Land wie Russland, das wegen seines Rohstoffreichtums über eine hohe Autarkiebegabung verfügt, nicht zu einer Verhaltensänderung zwingen. Hinzu kommt, dass die herrschende Kreml-Elite Machtpolitik gegenüber den Nachbarn offenbar höher bewertet als wirtschaftliche Modernisierung im Inneren und ökonomische Kooperation mit der EU. Die Sanktionen haben aber auch einen

hohen Preis für die EU, vor allem für Deutschland, weil dessen Russlandgeschäft keine vernachlässigbare Größe ist, wie z. B. das Russlandgeschäft der USA.

Die Beschwerden vieler deutscher Firmen über die Sanktionen waren nicht zu überhören, wurden aber letztlich, obwohl gut 30 Prozent der Unternehmen gegen die Sanktionen waren, von der Regierung als zweitrangig eingeordnet. Der Besuch von Siemens Chef Jo Kaeser bei Putin im März 2014, also mitten in der Krim-Krise, war ein unkluges Signal, das auf die deutsche Wirtschaft als eklatante politische Fehleinschätzung zurückfiel. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, sah sich veranlasst die Mitglieder Anfang April 2015 per Brief zu mahnen, dass allzu viel Verständnis für die autoritäre russische Politik nicht opportun sei.³ Angesichts des Kerngeschäfts in der EU und im Westen waren die Verluste in Russland unvermeidliche politische Krisenkosten.

Die Einflussgrenzen der soft power der EU waren schon in 2008 im Falle Georgiens klar geworden. Der Versuch der Annäherung Georgiens an die EU hatte Moskau, begünstigt durch das unkluge Verhalten der georgischen Regierung, zu militärischen Gegenmaßnahmen in Süd-Ossetien genutzt. Die EU und die USA waren blamiert und hatten vom Kreml ihre Grenzen im Kaukasus aufgezeigt bekommen. In Moskau hatte diese Erfahrung wohl den imperialen Appetit angeregt. Der Anreiz auf eine EU-Beitrittsperspektive war in den GUS-Staaten groß, die sowohl eine wirtschaftliche Modernisierung, aber auch die Stabilisierung ihrer neu gewonnenen Unabhängigkeit von Moskau suchten. Der Kreml suchte genau dem entgegen zu steuern und das Abhängigkeitsniveau diese Länder wieder zu erhöhen.

Die Brillen in Brüssel waren für diesen Kurswechsel lange blind, weil die Sichtweise in der EU zwar durchaus geoökonomisch im Sinne des Interesses an Marktöffnung und Erweiterung war, aber nicht geostrategisch im machtpolitischen Sinne, weil die EU auf diesem Feld kein ernsthafter Akteur war. Da die Prioritäten in Moskau umgekehrt waren, kam es zu vielen Missverständnissen und letztlich zum Konflikt um die Mitgliedschaft der Ukraine. Das russische Projekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion war mehr geostrategisch als wirtschaftlich orientiert.⁴ Eine Kombination von Rohstoffökonomien ist kein erfolgsversprechender Entwicklungspfad. Ein wirtschaftlicher Konkurrenzclub zur EU könnte es allenfalls auf dem Papier sein, eine Plattform für russische Machtprojektion aber sehr wohl.

Als mit der Maidan-Bewegung 2014 unter dem Beifall des Westens eine bunte Koalition den russlandfreundlichen korrupten Präsidenten Viktor Janukowitsch zur Aufgabe nötigte, sah Moskau rot und wahrte seinen Einflusszone mit der Besetzung der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine. Zugleich zog der Kreml alle Register der Propaganda nach altkommunistischem Vorbild und denunzierte die ukrainischen Demokraten pauschal als Faschisten. Das wirkte in Russland überzeugend, außerhalb vor allem in der EU und erst recht in den Erweiterungsstaaten wie Polen und im Baltikum galt es zu Recht als durchsichtiges Manöver. Von da an war europäische Krisendiplomatie angesagt.

³ M. Greive, *Industriepräsident warnt vor Sympathie mit Moskau*, in: Die Welt 4.4.2015

⁴ M. Davydchuk/E. Romanova, *Vergebliche Liebesmüh. Die Eurasische Wirtschaftsunion löst keine Probleme*, in: IP Länderporträt Russland, 2, 1914, S. 14-19

Das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt in Berlin mussten sich nolens volens von den lieb gewordenen bequemen europäischen Friedensweisheiten der neunziger Jahre lösen und machtpolitisch nachholend überdenken. Die Kanzlerin, die selbst mit Putin eifrig zur Krisensteuerung telefonieren musste, brachte es auf den Punkt „er lebe in einer anderen Welt“. Das war richtig, aber der Realitätsverlust war nicht einseitig. Beide dachten nämlich in völlig unterschiedlichen Weltbildern. Für Brüssel und Berlin hatte die europäische Friedensordnung längst ein stabiles Kooperationssystem etabliert, Moskau erschien deshalb als der Störenfried. Tatsächlich war die EU aber selbst zum Opfer ihrer eigenen Friedensillusionen geworden. Die deutsch-französische und die spätere deutsch-polnische Aussöhnung und die europäische Integration waren keine gültigen Maßstäbe für den Rest der Welt. Die Uhren in Moskau gingen anders und stellten die EU vor große Anpassungsprobleme.

Der neue russische Imperialismus und die deutsche Reaktion

In Deutschland war der Kurswechsel im Kreml hin zu einer neoimperialen Außenpolitik lange durch die rosarote Brille betrachtet worden. Die voreilige Hoffnung auf einen russischen Mitspieler im westlichen System hielt sich zäh. Dafür gab es mehrere Gründe. Nicht unwesentlich war das verbreitete Gefühl der Dankbarkeit für die Wiedervereinigung gegenüber Russland. Das ging über die Russlandfreunde in der Politik und der Wirtschaft hinaus, es wurde von der Mehrheitsgesellschaft geteilt. Daraus folgte die Attitude der Rücksichtnahme auf Russland und auf den Phantomschmerz seiner Elite über den Verlust der Supermachtrolle. Der zweite Grund war die Friedenssehnsucht mit der Hoffnung, dass die europäische Friedensordnung einen quasi ewigen regionalen Frieden garantieren könne.

Der Interessenhintergrund war die Sichtweise des etablierten Handelsstaats,⁵ der historisch klug geworden der Machtpolitik entsagte und sich stattdessen auf die Wohlstandsmehrung und den Wohlstandsgenuss konzentrierte. Allerdings war damit der früheren Machtversessenheit die Machtvergessenheit gefolgt.⁶ Dafür hatte Deutschland bewusst Souveränität nach Brüssel verlagert und war auch bereit große Kosten für die europäische Integration zu übernehmen. Dieses positive Europabild wollte sich die deutsche Gesellschaft von den altmodischen Russen nicht zerstören lassen. Irgendwie, so die verbreitete Einschätzung, würden die Russen schon noch über kurz oder lang zur westlichen Vernunft finden. Nur etwas Geduld und Großzügigkeit seien erforderlich. Dann kam der Schock der Besetzung der Krim und der deutsche positive Russlandkonsens geriet ins Wanken.

Die Kreml-Freunde in Politik und Wirtschaft hatten flugs gute historische Gründe dafür parat, doch der kritische Diskurs war nicht mehr zu stoppen. Konkurrierende Expertenzirkel boten diametral entgegengesetzte Lageanalysen und Empfehlungen. Den 60 Russlandfreunden folgten im Dezember 2014 100 kritische

⁵ R. Rosecrance, *Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt am Main 1987

⁶ H.-P. Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtversessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985

Osteuropaexperten und die Politikwissenschaftler.⁷ Auch die Regierung hatte wohl oder übel mittel- und längerfristig nicht lösbare Konflikte, darunter die Ukraine, zur Kenntnis genommen und das Verhältnis zu Russland justiert. Über den Sanktionskurs gegenüber den russischen imperialen Aktivitäten hinaus, waren eine ganze Reihe von Maßnahmen im Kontext der EU und vor allem der NATO fällig geworden, die der deutschen Regierung sehr schwer fielen. Die gemeinsamen Sanktionen der EU waren davon noch der leichte Teil. Schwerer fiel die militärische Komponente, die Signale nach Russland sendete, dass die baltischen Staaten nicht nur als Papiermitglieder der NATO angesehen wurden. Die Ostflanke der erweiterten NATO war bislang ungesichert und die russische Expansionspolitik erforderte eine Sicherungsstrategie über illusionäres Friedensvertrauen hinaus. Fällig war eine Renaissance der NATO als der eigentliche Sicherheitsgarant in Europa und der Aufbau einer glaubwürdigen Abschreckungskomponente gegenüber Russland.

Das erfolgte auf dem NATO Gipfel in Newport im September 2014 mit dem Readiness Action Plan und der Schaffung einer „Spearhead Force“ (Very High Readiness Joint Task Force) bis Anfang 2016. Damit nahm die NATO die Bedrohung an ihrer Ostflanke wahr und signalisierte Russland die Bereitschaft der permanenten Diplomatie eine glaubwürdige militärische Komponente hinzu zu fügen. Diese Doppelstrategie aus Diplomatie und der Rotation kleiner militärischer Verbände europäischer Staaten und der USA machte deutlich, dass die neuen Mitglieder im Osten keine Mitglieder zweiter Klasse sind, deren Sicherheitslage nur verbal bedient wird. Ein rational kalkulierender Kreml wird zur Kenntnis zu nehmen haben, dass Russland diese noch vorsichtige kleine Abschreckung durch die NATO selbst provoziert hat.

Deutschland ist zu Lande, auf der Ostsee und in der Luft vorbehaltlos mit von der Partie. Die Verteidigungsallianz zeigte Flagge ohne Russland zu bedrohen, auch wenn das die Kreml-Propaganda vorsätzlich anders darzustellen versucht. Unterschiedliche Bewertungen innerhalb der NATO mit der deutschen Taubenvariante und der Falkenposition in den USA und bei den Mitgliedern an der Ostflanke sind in einer Allianz von demokratischen Staaten der Normalfall. Das schmälert aber keineswegs den Grundkonsens einer festen Haltung gegenüber den Drohgebärenden Russlands gegenüber den Anrainerstaaten der Ostsee, die der Kreml systematisch einzuschüchtern versucht. Die Provokationsflüge der russischen Luftwaffe bis an die englische Küste aber vor allem über der Ostsee sind in diesem Kontext wohl Testballons der Solidität der Luftraumüberwachung der NATO.

Auch der Rückkauf von 100 bereits ausgemusterten Panzern des Typs Leopard 2 für 22 Mio. Euro durch das deutsche Verteidigungsministerium Anfang April 2015 ist ein Signal an Russland, dass weitere deutsche Abrüstungsschritte nicht in die derzeitige Lage im Baltikum und in der Ukraine passen. Der Bestand an deutschen Kampfpanzern wird damit von 225 auf 325 erhöht, 1990 waren es 2125 gewesen.

⁷ Anfang Dezember 2014 begann der Appel der 60 Prominenten „Wieder Krieg in Europa ? Nicht in unserem Namen“. Dann folgten am 11. Dezember der Gegenaufruf von 100 Osteuropaexperten im Tagesspiegel mit dem Motto „Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung“ und die „Illusionslose Friedenspolitik“ der Frankfurter Politikwissenschaftler Reinhard Wolf und Gunther Hellmann.

Die symbolische Seite steht dabei im Vordergrund, weil z. B. die vorhandene Munition des Leopard 2 in der Bundeswehr den russischen T-90 nicht erfolgreich bekämpfen könnte.⁸ Neben der Botschaft an die zu Recht nervösen Baltenstaaten dürfte dieser Rückkauf den Anfang vom Abschied der deutschen Vision für die Bundeswehr sein, keine wirkliche europäische Funktion mehr zu haben und deshalb vor allem für weltweite Friedenseinsätze unter dem Dach der Vereinten Nationen umgerüstet zu werden. Jetzt hat Russland dafür gesorgt, dass sie wieder in Europa in ihrer klassischen Funktion als NATO Armee mit Abschreckungsauftrag gefragt ist. Die gerade erst mit viel politischem Einsatz durchgeführte populäre Aussetzung der Wehrpflicht unter dem Verteidigungsminister Guttenberg erscheint damit ex post als ein recht voreiliger Schritt. Für den Fall einer längeren Spannungsphase in Osteuropa wäre eine Reaktivierung der Wehrpflicht in Deutschland allerdings überaus unpopulär und würde von Berliner Regierungen welcher Partei auch immer wohl eher vermieden werden.

In seiner Review von 2014 hat das Auswärtige Amt⁹ mittlerweile Krisen in der Welt als Normalfall bewertet. Zur Ukraine hat die dreiseitige deutsch-französisch-polnische Erklärung in Weimar vom 31. März 2014 noch sehr stark auf die Rolle der OSZE bei der Deeskalation und der Krisenbewältigung gesetzt. Die OSZE ist seit den Tagen von Außenminister Genscher ein Lieblingsakteur der deutschen Europapolitik von dem erhofft wurde, dass er die NATO quasi als Garant der europäischen Friedensordnung ablösen könnte. Gerade in der Ukraine-Krise hat sich aber die OSZE als zahnloser Tiger erwiesen, der von Russland und den Separatisten aber auch von ukrainischen Verbänden in der Ostukraine in seiner Ohnmacht vorgeführt wurde und mit der Konfliktlage überfordert ist.¹⁰

Auch die Kontrolle des Waffenstillstands der Vereinbarungen von Minsk II vom 12. Febr. 2015 durch die OSZE Beobachter ist nicht gewährleistet. Das beschränkt den Nutzen der OSZE Mission auf eine minimale Rolle, von der keine großen Resultate zu erhoffen sind. Die OSZE ist vor allem ein Indikator für den Mangel an gutem Willen auf Seiten der Konfliktparteien, den die OSZE Mission lediglich dokumentieren kann. Letztlich ist die OSZE ein Spielball für die Separatisten und den Kreml, was die Ratlosigkeit des Westens im Ukraine-Konflikt offenbart und die OSZE Mission besitzt auch eine Alibifunktion für die „Untätigkeit des Westens“¹¹.

Die russische Herausforderung durch Putins Kurs Druck auf die Nachbarn auszuüben, vor allem auf die Länder, die Teil des Sowjetimperiums und schon des Zarenreichs waren, hat in Berliner Regierungskreisen zwar Lernprozesse ausgelöst, ist aber in der deutschen Gesellschaft noch nicht weit vorangekommen. Die Divergenz der Weltbilder ist sehr groß und die deutsche Vorsicht im Umgang mit Russland hemmt die schonungslose Analyse. Einerseits existiert die russische fast paranoide Sicht, der Westen wolle Russland ruinieren und demütigen,¹² andererseits

⁸ H. Rühle, *Chancenlos gegen Russlands Panzer*, in: die Welt am Sonntag 26.4.2015

⁹ http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/699336/publicationFile/202955/-Review_Abschlussbericht.pdf

¹⁰ J. Smirnova, *Protokoll einer Überforderung*, in: Die Welt am Sonntag 26.04.2015, S. 11

¹¹ So G. Gressel vom European Council on Foreign Relations (ECFR), Ibidem. Gressel hält eine UN-, oder eine EU-NATO-Mission auf Einladung der Ukraine für weit besser.

¹² Putin der „Westen will, dass wir betteln“, in: Focus Online 27.04.2015

die lieb gewordene westliche und insbesondere auch deutsche Fehleinschätzung über Russlands Politik nach dem Zerfall der UdSSR.¹³

Die Propagandamaschinerie des Kreml läuft mittlerweile auf Hochtouren und bewirkt in Deutschland viel positive Resonanz.¹⁴ Die Desinformation und die zunehmend bizarren russischen Selbstbilder und die Reproduktion von altkommunistischen Agitprop Klischees nach innen und außen zeigt Wirkung und wird wohl das Spannungsniveau erhöhen. Es macht daher durchaus Sinn wenn etwa das Auswärtige Amt baltischen Ländern bei der Gegenpropaganda durch Stärkung ihres Mediensektors hilft.¹⁵ Die Instrumentierung der russischen Minderheiten in diesen drei Kleinstaaten zum Zweck der Destabilisierung dürfte ein potentielles Ziel des Kreml sein. Da ein großer Teil dieser ethnischen Russen aber heilfroh ist in einem EU-Land zu leben und die rechtstaatlichen und wirtschaftlichen Vorteile wahrnehmen zu dürfen, kann dieser Kurs nur mit dem Einsatz von berufsnationalistischen Unruhestiftern aus Russland selbst funktionieren. Ob sich da womöglich eine neue Propagandafront auftut, wird sich erweisen. In Berlin und in der deutschen Gesellschaft besitzen die berechtigten Ängste vor Russland in den Baltenstaaten immer noch zu wenig Gewicht.

Der Ausweg: mehr Atlantizismus

Eine neue Spannungsphase in Europa ist längst Realität auch wenn die Akzeptanz dieser ungunstigen Nachrichtenlage vor allem in Deutschland in weiten Kreisen von Politik und Gesellschaft zu verdrängen versucht wird. Der Abschied von den lieb gewordenen Friedensillusionen fällt schwer und führt auch zu falschen Schuldzuweisungen. Die Linke und die Rechte in Deutschland machen für die unschöne Lage allzu gern die USA verantwortlich. Diese Verzerrung der Verantwortung wirkt bis in bürgerliche Schichten hinein. Die Sozialpsychologie des bedrohten Illusionisten sucht sich Schuld Betrachtungen, die die seine geschönten Weltbilder schonen. Da stehen anti-amerikanische Klischees und Russlandschonung schnell bereit.

Dabei ist der Schulterschluss mit den USA und ein intensivierter Atlantizismus im Umgang mit Russland gerade unerlässlich. Die EU als soft power ist allein nicht abschreckungsfähig, ihre hard power Qualitäten werden noch lange auf sich warten lassen. Eine atlantische Arbeitsteilung mit good cop bad cop Diplomatie und glaubwürdiger NATO Abschreckung mit der Beteiligung amerikanischer Kontingente ist vermutlich das beste Mittel um den Kreml zu beeindrucken und zur Kooperation anzureizen. Ein hybrider Krieg wie in der Ukraine im Graubereich zwischen Krieg und Frieden bei dem militärische und zivile Elemente taktisch gemischt werden erfordert mehr als nur Abschreckung nach dem Muster des alten

¹³ I. Kreastov/M. Leonard, *Europe's Shattered Dream of Order*, in: Foreign Affairs May/June 2015, S. 48-58

¹⁴ *Wir wollen die Wahrheit nicht wissen. Warum Putins Propaganda in Deutschland offene Türen einrennt:* in : Internationale Politik Mai/Juni 2015, S. 40-45

¹⁵ Enge Kooperation mit den baltischen Staaten, Steinmeier am 16/17.4.2015 beim Besuch in Litauen, Estland und Lettland,
<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2015/04-Baltikum+Finnland/150417-BM-Baltikum-Finnland.html> am 30.04.2015

Ost-West-Konflikts. Für den Westen stellt sich dabei die Aufgabe seinerseits eine hybride Sicherheitspolitik zu entwickeln, die EU- und NATO Instrumentarien einbinden kann.¹⁶

Die atlantische Arbeitsteilung bei der z. B. die Kanzlerin Merkel den Gesprächsfaden mit Putin nicht abreißen lässt, die USA aber ein Druckpotential mit der Androhung von Waffenlieferungen an die Ukraine aufgebaut haben, war durchaus sinnvoll und angemessen. Diese Komplexität wird von vielen deutschen Zeitgenossen nicht verstanden oder sogar ausdrücklich missbilligt und auch die deutsche Presse stilisiert nur allzu gern einen atlantischen Dissens. Realiter können beide Seiten der atlantischen Allianz ihre abgestimmten Rollen spielen indem sie ihre unterschiedlichen Schwerpunkte bei Mitteln und Fähigkeiten nutzen und einsetzen. Diplomatie von Berlin und Brüssel aus, weil die USA für den Kreml ein rotes Tuch sind und härtere Signale aus Washington passen sehr wohl zusammen wenn das Konzert abgestimmt ist.

Die deutsche mediale Hysterie um die Kooperation des Bundesnachrichtendienstes BND mit der amerikanischen NSA ist ein weiterer Indikator für die Weltfremdheit eines großen Teils der deutschen Politik und Gesellschaft. Teilweise ist die Skandalisierung ein innenpolitisches Spiel der Opposition und der Presse samt Teilen der SPD in der Regierung, teilweise bedient sie aber auch ein beliebtes antiamerikanisches Ressentiment, das die NSA zur Bedrohung der deutschen Freiheit stilisiert, während gleichzeitig die überaus aktive russische und chinesische Spionage keine aufregenden Themen sind. Spionage und Gegenspionage sind auch unter Verbündeten schlichte Realitäten, die auch im datenschutzvernarrten Deutschland nicht wegverhandelt werden können. Die deutsche Terrorabwehr ist auf die Zusammenarbeit mit der NSA dringend angewiesen. Zwar ist die massenhafte Sammelwut des NSA ein Problem, aber der Aufbau eigenständiger unabhängiger wirkungsvoller deutscher und europäischer Überwachungssysteme wäre sehr kostenintensiv. In der deutschen Gesellschaft fehlt schlicht der praktische Sinn für ein aufgeklärtes Austarieren der Komplexitäten von Datenschutz und Sicherheit in vernetzten Informationsgesellschaften mit vielfältigen Bedrohungs- und Konfliktlagen.

Der anti-amerikanische und naiv pseudo-ökologische Trend in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft zeigt sich auch bei der Debatte um das Transatlantic Trade and Investment Partnership Abkommen TTIP. Dabei rangieren die Vorteile von TTIP weit vor den potentiellen Nachteilen und es wäre ein wichtiges Symbol der transatlantischen Zusammenarbeit. Die Verhandlungsführung liegt hier allerdings eindeutig in Brüssel. Die deutsche Wirtschaft und die Regierung sind klar dafür, zieren sich aber wenn es darum geht den Gegnern deutlich paroli zu bieten. Der zurückhaltende Regierungsstil der Kanzlerin Merkel, Kontroversen möglichst lange zu übergehen, drückt sich darin aus. Das kann von Vorteil sein und die Gegner ins Leere laufen lassen, ein politisches Allheilmittel ist diese Strategie aber nicht.

Die Grundsatzfrage, ob wir schon in einem neuen länger andauernden Ost-West-Konflikt angekommen sind, kann im Westen nur offen bleiben, weil die entscheidenden Karten dabei in Moskau gemischt und ausgespielt werden. Es ist

¹⁶ C. Major/C. Mölling, *Abschreckung plus*, in: Internationale Politik Mai/Juni 2015, S. 46-51

völlig unklar, ob der unsichere Kantonist Russland einlenken und wieder entspannen wird oder ob der Kreml weiter alle möglichen Schwächen des Westens vor allem der EU austesten wird. Auch Putin selbst könnte dabei durchaus nur eine Übergangsfigur sein, der noch härtere russische Nationalisten im Kreml folgen könnten. EU und NATO müssen sich somit wohl oder übel auf alle möglichen Szenarien einstellen, von der derzeit unwahrscheinlichen rosaroten Variante einer Abkehr Russlands vom hybriden Krieg bis zum Langzeitzustand hybrider Kriege an der NATO Ostflanke, die von der Chaosmacht Russland orchestriert werden.

Die Ukraine wird wohl im Zwischenraum der Unsicherheit verbleiben. Sie dürfte schwer zu stabilisieren sein wenn Moskau nicht mitzieht. Allein die wirtschaftliche Stabilisierung einer freien Westukraine würde für Brüssel schon überaus teuer werden, ihre Sicherheit vor russischen hybriden Aggressionen können weder die EU noch die NATO garantieren. Der Preis für die NATO Osterweiterung ist aber jetzt fällig. Die Militärausgaben zur Sicherung der Ostflanke dürften steigen und die Phase der Friedensdividende mit steigenden Mittel für Sozialausgaben könnte einen Umkehrtrend erfahren.¹⁷ Das wird in Deutschland politisch wehtun, aber die Rückkehr zu mehr Realpolitik weg von der rein idealistischen Moralpolitik und ihren Illusionen dürfte sehr langsam gehen. Moskau und die Krisenherde im Nahen Osten haben die deutschen Friedenstraumblumen welken lassen. Für die Russlandpolitik ist eine flexible Kooperationsstrategie erforderlich, die auch vor der Konfrontation nicht zurückscheut. Im Fall einer neuen Phase des Wettrüstens in Europa kann das wirtschaftlich schwache Russland kaum gewinnen, aber durchaus dem gesamten Kontinent schmerzhaft Kosten auferlegen.

¹⁷ 2012 betrug der Anteil der Verteidigungsausgaben am deutschen Bundeshaushalt 10,35 %, 1960 waren es 24,6 % gewesen, 1990 15,1 %.

